

Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 63 (1956)

Heft: 10

Rubrik: Handelsnachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Textilindustrie ist an einer Dämpfung der Konjunktur sehr interessiert, kann aber selbst dazu keinen Beitrag leisten. Insbesondere in der Seidenindustrie fragt man sich vielmehr, wie es endlich gelingen soll, an der aufsteigenden Konjunktur teilzuhaben. Alle Bestrebungen sind deshalb zu begrüßen, die eine Normalisierung der Beschäftigung und damit des Arbeitsmarktes bringen. Wenn wir auch von der Schaffung eines besonderen, vom Bundesrat vorgesehenen Koordinationsorganes keine spektakulären Erleichterungen im Sinne einer Dämpfung der Konjunktur erwarten, so ist es doch richtig, daß jede Gelegenheit wahrgenommen wird, um Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Gefahren der heutigen Wirtschaftslage und insbesondere deren nachteiligen Auswirkungen auf alle nicht im gleichen Boote sitzenden Industrien darzulegen.

Eine etwas optimistischere Note. — In einer interessanten Untersuchung der Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft an der Universität Münster über die textilwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik wird die Frage über die Zukunft der Textilindustrie gestellt und auch zu beantworten versucht. Das Konjunkturforschungsinstitut erwartet eine weitere Steigerung des Volkseinkommens und damit des Verbrauchs. Es weist auf die deutliche rückläufige Sparneigung bzw. steigende Konsumneigung hin. Ausgehend von den mehr oder weniger starren Ausgaben für Wohnungsnutzung, Heizung und Beleuchtung sollten für Textilkäufe inskünftig mehr Mittel zur Verfügung stehen. Alles spricht dafür — so schließt der Bericht —, daß der Textilverbrauch, zusammen mit dem Gesamtverbrauch, weiter wächst, wenn vielleicht auch nicht in voller Höhe der durchschnittlichen Verbrauchssteigerung, so doch sicher um etwa 7—8%. Endlich kann auch ein gewisser Ausgleich zwischen der Entwicklung der bisher besonders begünstigten Branchen und den übrigen Bereichen als durchaus wahrscheinlich bezeichnet werden.

Wenn wir auch von Zukunftsprognosen nicht allzu viel halten und solchen insbesondere bezüglich der Textilwirtschaft, die doch so vielen unberechenbaren Einflüssen unterworfen ist, nicht sehr große Bedeutung beimessen, so wollten wir doch unseren Lesern die erfreuliche Perspektive eines seriösen Konjunkturforschungsinstitutes nicht vorenthalten. In einer Zeit, wo wenigstens in der Seidenindustrie alles klagt und mit der Entwicklung unzufrieden ist, muß es angenehm empfunden werden, wenn sich wenigstens die Wissenschaft etwas zuversichtlicher über die fernere Zukunft der Textilindustrie äußert. Hoffen wir nur, daß die Propheten durch die kommende Entwicklung recht erhalten.

Nur das eigene Beispiel imponiert. — An der letzten Dornbirner Messe hat der Vizepräsident des Fachverbandes

des der Textilindustrie Oesterreichs, Dr. Seidl, mit Recht darauf hingewiesen, daß bei den Auseinandersetzungen über die wirtschaftliche Integration Europas vermehrt die Unterschiede in der Größe der Länder zu berücksichtigen seien. Es ist durchaus richtig, daß die Auswirkungen der Integrationsbestrebungen verschieden ausfallen müssen, je nachdem, ob es sich um einen großen Wirtschaftsraum handelt, der einen hohen Prozentsatz der rationell zu gestaltenden Erzeugung im Inlandsmarkt absetzen kann, oder ob die Integration einen Kleinstaat trifft, der seine Produktion zersplittern muß, um den Markt auf breiter Basis zu erfassen und deshalb nur Spezialartikel exportieren kann.

Es wäre nun aber falsch, aus dieser Betrachtungsweise den Schluß ziehen zu wollen, wie das Dr. Seidl getan hat, daß die Integrationsbestrebungen auf die Schaffung einer Textilunion der «Kleinen» beschränkt werden sollten, wobei an die Zusammenarbeit von Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und Oesterreich gedacht wird. Dr. Seidl regt an, daß diese Kleinstaaten sich gegenseitig eine Sonderpräferenz von 5% auf den bestehenden Textiltzöllen einräumen sollten.

Das Ziel der Schaffung eines europäischen Marktes oder eines europäischen Präferenzzollsystems wird nicht schneller erreicht, wenn innerhalb Europas noch verschiedene Marktgemeinschaften mit Vorzugszöllen gegründet werden. Auch wäre wegen der Meistbegünstigung kaum damit zu rechnen, daß solche diskriminierenden Zollermäßigungen jemals von den internationalen Gremien, wie GATT oder OECE, gutgeheißen würden. Endlich würde sich auch die Frage stellen, welche Textilien überhaupt vom Zollabbau erfaßt werden sollten. Es ist durchaus nicht so selbstverständlich, daß zum Beispiel die österreichischen Zellwollgarne, die auch von großen Produzentenländern nicht billiger geliefert werden, in das vorgeschlagene Präferenzzollsystem der «Kleinen» einzuschließen wären. Der wichtigste Einwand ist der, daß ein schematischer Zollabbau von 5% wegen der heute schon bestehenden unterschiedlichen Zollhöhe in den einzelnen Ländern ganz verschiedenartige Auswirkungen haben müßte. Oesterreich mit seinen Hochschutzzöllen leistet mit einer Zollermäßigung von 5% einen nur sehr bescheidenen Beitrag, während andere Länder mit ihren heute schon verhältnismäßig tiefen Zollbelastungen durch eine solche Maßnahme viel stärker betroffen würden. Eine ehrliche Diskussionsbasis für alle Präferenzzollsysteme ist nur auf Grund einheitlicher Zollansätze möglich, was allerdings zur Folge hat, daß Hochschutzzoll-Länder wie Oesterreich mit dem guten Beispiel vorangehen müssen. Ist Dr. Seidl bereit, seinen Textilverbänden nahezu legen, auf die Zölle von 30% und mehr für Textilien zu verzichten? Die Erfahrung läßt zweifeln.

Handelssnachrichten

Handelspolitische Bemerkungen. — Wir haben uns in den «Mitteilungen über Textilindustrie» schon verschiedentlich mit der Frage befaßt, ob besonders im Interesse der schweizerischen Textilindustrie ein Beitritt unseres Landes zum

*«Allgemeinen Abkommen über Zölle und Handel»
(GATT)*

zu empfehlen wäre. Nach einem kürzlichen Beschluß des Bundesrates soll unser Land dem GATT vorläufig als provisorisches Mitglied beitreten, wobei allerdings anläßlich der kommenden Herbsttagung des GATT zunächst abzuklären ist, ob die von der Schweiz vorgebrachten

Vorbehalte für einen allfälligen Beitritt von den GATT-Staaten überhaupt anerkannt werden. Es geht dabei vor allem darum, in Abweichung der GATT-Bestimmungen die Möglichkeit zu erhalten, ohne zeitliche Begrenzung die Agrarproduktion durch Einfuhrbeschränkungen weiterhin schützen zu können. Nachdem auch im neuen Außenhandelsgesetz die Einfuhrkontingentierung für Lastwagen ausdrücklich vorgesehen ist, wird es weiter notwendig sein, auch in dieser Beziehung von den GATT-Behörden einen unbeschränkten Dispens zu erhalten. Die letzten Verhandlungen mit Frankreich haben im übrigen gezeigt, daß ein gewisses handelspolitisches Rüstzeug von Nutzen sein kann, um renitenten Handelspartnern, wenn notwen-

dig, mit dem Zaunpfahl der Einfuhrbeschränkung winken zu können. Endlich muß die Schweiz verlangen, daß sie den Beitritt zum GATT vollziehen kann, ohne daß sie die Mitgliedschaft des internationalen Währungsfonds erwerben muß, oder mit den Vertragspartnern des GATT ein Währungsabkommen abzuschließen hat.

Ob es gelingt, die GATT-Staaten zu veranlassen, diesen Vorbehalt für einen Beitritt der Schweiz zuzustimmen, wird die nächste Tagung in Genf zeigen. Sollte dies möglich sein, so hätte der Beitritt durch Zollverhandlungen mit den Partnern des GATT zu geschehen, die auf Grund des vom Bundesrat noch zu beschließenden Entwurfes für den neuen Zolltarif zu führen wären.

Das Hauptinteresse der Schweiz am GATT liegt zweifellos an den Zollverhandlungen, wobei von interessierten Kreisen erwartet wird, daß dadurch der Entwurf der Expertenkommission zu einem neuen Zolltarif noch wesentliche Korrekturen erfährt. Ob der neue schweizerische Tarif im weiteren die ihm zugedachte Aufgabe erfüllt, nämlich erneut Einfluß zu gewinnen auf die Gestaltung der Zolltarife der für unsere Ausfuhr bedeutsamen Handelspartner, und ob die Zollverhandlungen im Rahmen des GATT geeignet sind, die Inkraftsetzung des neuen schweizerischen Zolltarifs wesentlich zu fördern, ist allerdings umstritten. Es ist kaum zu erwarten, daß anlässlich der geplanten Zollverhandlungen das Ausland wesentliche Konzessionen auf seinen Tarifen gewähren wird und deshalb den Entwurf für einen neuen schweizerischen Zolltarif massiv anzugreifen gedenkt. Nachdem die Kompensations-Zollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten vorbei sind und der Präsident bis Ende 1958 nur noch ganz beschränkte Zollreduktionskompetenzen besitzt, wird ohnehin in Verhandlungen mit den USA nichts Wesentliches mehr heraussehen können. Auch die Bestimmungen des GATT, daß nur Hauptlieferländer Zollbegehren stellen können, erleichtert die Verhandlungen der Schweiz mit dem Ausland keineswegs. Ein kleines Land ist in dieser Beziehung immer benachteiligt. Hinzu kommt auch, daß niedrige Zölle, obschon dies die GATT-Bestimmungen vorsehen, nicht als Konzession betrachtet werden. Es ist also notwendig, daß auch schweizerischerseits Zollherabsetzungen angeboten werden, wenn vom Ausland etwas erreicht werden soll. Nun weiß man, daß der Entwurf für einen neuen schweizerischen Zolltarif auch einige «Igelstellungen» enthält, aber im großen und ganzen doch als Gebrauchszoll konzipiert ist. Auch ist es für die Verhandlungen nachteilig, daß nur auf Grund eines Entwurfes diskutiert werden kann. Die schweizerischen Unterhändler können nämlich nur unter dem Vorbehalt nachträglicher Genehmigung durch das Parlament, oder allfällig des Volkes, Konzessionen anbieten. Ob im weiteren unsere Verhandlungsposition gestärkt wird durch die in der Presse in letzter Zeit dargelegte Auffassung, daß der Beitritt der Schweiz zum GATT nur deshalb erfolge, um damit den schweizerischen Zolltarif in wesentlichen Positionen ermäßigen zu können, ist doch eher fraglich. Wenn das Ausland weiß, daß aus innenpolitischen Gründen die Schweiz darauf erpicht ist, daß gewisse Positionen vom Ausland angegriffen werden, dann wird doch wohl kaum erwartet werden können, daß die Partner gleichwertige Konzessionen anbieten. Offen ist auch, ob Länder wie Deutschland, mit denen interessante bilaterale Zollabkommen bestehen, bereit sind, der Schweiz die gleichen Vergünstigungen auch innerhalb des GATT zuzugestehen. Es wird immer wieder vergessen, daß es eben bedeutend einfacher ist, einen bilateralen Zollvertrag zu kündigen, als eine innerhalb des GATT zugestandene Zollbindung rückgängig zu machen. Nicht zuletzt wird auch deshalb von neuen GATT-Verhandlungen — wenigstens für den Textilsektor — nicht mehr viel zu erwarten sein, weil der Konkurrenz Japans und anderer asiatischer Länder eine immer größere Bedeutung beigemessen wird und allfällige Zollermäßigungen wegen der Meistbegünstigung eben auch außereuropäischen Ländern zugute kommen.

Wenn es auch durchaus erwünscht ist, daß die Schweiz innerhalb des GATT mit anderen Ländern Kontakt nehmen und gewisse Unebenheiten des neuen schweizerischen Zolltarifs ausgleichen kann, so ist doch vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen.

Die von Minister Dr. E. Stopper durchgeführte Reise in verschiedene

südamerikanische Staaten

hat — wie übrigens durchaus zu erwarten war — keine spektakulären Ergebnisse gezeitigt. Es ist immerhin gelungen, durch den persönlichen Kontakt, der bei den lateinamerikanischen Staaten doch eine große Rolle spielt, einige Mißverständnisse, die in letzter Zeit im gegenseitigen Verkehr aufgetaucht sind, aus der Welt zu schaffen. So hat sich Mexiko bereit erklärt, die schweizerische Einfuhrstatistik zu übernehmen, was immerhin zur Folge hat, daß auch die über Amerika gelieferte Baumwolle als Direktbezüge aus Mexiko in Anrechnung kommen. Nachdem durch die Suezkanal-Krise das Oel erneut zu einem begehrteren Artikel wurde, sind auch die schwarzen Wolken über Venezuela wieder gewichen. Es ist deshalb vorläufig nicht damit zu rechnen, daß die angedrohten diskriminierenden Maßnahmen gegenüber der Schweiz in Kraft gesetzt werden. Unerfreulich bleibt die Lage nach wie vor in Peru, wo neue Zollerhöhungen als nicht ausgeschlossen gelten. Auch wenn Minister Dr. Stopper nichts Handgreifliches aus Südamerika zurückbrachte, so dürfte es doch auch in Zukunft richtig sein, wenn von Zeit zu Zeit durch persönliche Fühlungnahme vor allem mit den südamerikanischen Ländern aktuelle Handelsprobleme zur Sprache kommen. Nur so wird es auf lange Sicht betrachtet möglich sein, ein gutes handelspolitisches Klima zu erhalten.

Die Frage der

Hilfe an unterentwickelte Länder,

wie sie in einem in den «Mitteilungen» bereits erwähnten Bericht der Handelsabteilung zur Diskussion gestellt wurde, ist für die Textilindustrie nicht von besonderem Interesse. Ohne Zweifel könnten mit einer rationelleren Ausnutzung der Bodenschätze und anderer Naturkräfte in gewissen unterentwickelten Ländern noch interessante Arbeitsmöglichkeiten erschlossen werden, die aber das Problem der Uebervölkerung und Bodenarmut nicht zu lösen vermögen. Zunächst müßten aber die Voraussetzungen für eine gesunde Investitionspolitik geschaffen werden. Geld investieren, um es nachher mit größter Sicherheit zu verlieren, dürfte wohl weder für unser Land noch für die einzelnen Unternehmungen sehr einladend sein. Solange in zahlreichen unterentwickelten Ländern die Eigentumsrechte der Ausländer mit Füßen getreten werden, solange ist jede Investition mit zu großen Risiken behaftet. Die unterentwickelten Länder haben keinen unabdingbaren Anspruch auf Hilfe, auch wenn sie sich noch so ungehalten gebärden.

Im übrigen ist die stürmische und unkontrollierte Industrialisierung der unterentwickelten Länder nicht nur von Vorteil, auch wenn sie heute zum guten Ton gehört. Das Problem des Massenelendes als Charakteristikum der unterentwickelten Länder wird durch die Industrialisierung nicht gelöst. Im Gegenteil, ein Industrieproletariat ist extremen politischen Einflüssen viel eher zugänglich als ein mit dem Boden — auch wenn er noch so karg ist — verwachsenes Agrarproletariat.

Die Textilindustrie hat im übrigen von solchen Industrialisierungsprozessen nicht viel zu erwarten. Die Zahlungsbilanzen solcher Länder erfahren bekanntlich eine erhebliche Belastung, welche die Einfuhr von Konsumgütern nicht gestattet. Auch die Ueberlegung, daß solche Länder nach Abschluß der Industrialisierung dank einem erhöhten Lebensstandard gute Kunden für schweizerische Textilien werden können, ist nur dann richtig, wenn der

Umstellungsprozeß organisch vor sich geht. Die Türkei ist ein warnendes Beispiel. Wir glauben deshalb nicht, daß die Schweiz von sich aus durch staatliche Kreditgewährung oder Ausbau der Exportgarantie Wesentliches als Hilfeleistung an die unterentwickelten Länder beitragen kann. Höchstens ließe sich eine vermehrte Beteiligung an der Weltbank und an der neugegründeten «International Finance Corporation» in Aussicht nehmen. Es handelt sich dabei bekanntlich um Organe, die darauf spezialisiert sind,

entweder staatliche oder private Investitionsprojekte in unterentwickelten Ländern zu finanzieren, wobei allerdings bei der Auswahl der Projekte die Geldgeber ein maßgebendes Wort mitzureden haben.

Da die unterentwickelten Staaten den überbevölkerten Ländern gleichzustellen sind, darf sich eine Hilfe nicht nur auf wirtschaftliche Maßnahmen beschränken, sondern hat auch eine Lösung des demographischen Problems zu umfassen.

Aus aller Welt

Die Textilindustrie in den Benelux-Staaten

(Brüssel -IP-) Als im Jahre 1949 der Textilsektor auf den Märkten Hollands und Belgiens im Zeichen der Benelux zusammenschmolz, schienen die Textilindustrien beider Länder vor allem darauf aus zu sein, möglichst viele Vorteile für sich herauszuholen. Heute zeigt sich, daß dieser gegenseitige Kampf, jedenfalls was die Baumwollindustrie betrifft, unbegründet war und in wie starkem Maße sowohl Holland als auch Belgien aus dem erweiterten Markt Nutzen gezogen haben.

Die Lage beim Baumwollhandel zwischen Holland und Belgien ist erst seit 1951 normalisiert. In den ersten Jahren nach der Aufhebung der Handelsbeschränkung im Zuge der Beneluxpolitik wurde am stärksten von holländischer Seite an den getroffenen Maßnahmen Kritik geübt, als die belgischen Gewebe und Garne ins Land strömten.

Nach dem Kriege herrschten sehr unterschiedliche Verhältnisse in Holland und Belgien. Der Markt war ausgehungert. Belgien verfügte über einen besser erhalten gebliebenen Produktionsapparat als Holland, weil es Monate früher befreit und weniger ausgeplündert worden war. In Holland hatte man noch nicht Zeit gehabt, sich an die geänderten Verhältnisse im ehemaligen Niederländisch-Indien anzupassen. So hatte Belgien zu jener Zeit große Absatzmöglichkeiten.

Seitdem im Jahre 1952 wieder ein normaleres Niveau erreicht wurde, weisen die Ziffern des Benelux-Handelsverkehrs noch eine ermutigende Zunahme auf. Die Sta-

tistiken zeigen aber für das Jahr 1955 einen leichten Rückgang auf belgischer Seite an. In der rascheren Zunahme des niederländischen Anteils am belgischen Markt ist ein Fingerzeig für die belgischen Industriellen zu erblicken, von denen immer noch zuviele denken, daß Verkauf nach Holland Ausfuhr bedeutet, während es sich in Wirklichkeit um einen Absatz auf dem Inlandmarkt handelt.

Die niederländische Baumwollindustrie steht heute im großen und ganzen vor denselben Schwierigkeiten wie die belgische. Beide benötigen dringend neue Marktgebiete. Das Auftauchen außerordentlich billiger ostasiatischer Produkte und die verschärften Schutzmaßnahmen in ausländischen Absatzgebieten zwingen sowohl die Holländer als auch die Belgier zu Anstrengungen hinsichtlich der Modernisierung ihrer Betriebe und der Steigerung der Produktivität.

Die niederländische Baumwollindustrie hat in den letzten Jahren eine besondere Leistung vollbracht, indem der große Rückstand aus der unmittelbaren Nachkriegszeit eingeholt wurde und ihre Produktionskapazität jetzt ungefähr der belgischen entspricht. Die Kostenpreisunterschiede in den beiden Ländern weisen eine abnehmende Tendenz auf, aber die Löhne als wichtigster Bestandteil des Kostenpreises sind in Belgien doch noch beträchtlich höher als in Holland. Unter diesen Umständen brachte im Jahre 1955 die Abschaffung der Umsatzsteuer bei Textilprodukten in Holland einen bedeutenden Unterschied zustande.

Rekordwerte des westdeutschen Textilaußenhandels

Von Dr. Hermann A. Niemeyer

Der Textilaußenhandel der Bundesrepublik ist im 1. Halbjahr 1956 auf beiden Bilanzseiten zu neuen Spitzenwerten angestiegen; selbst der bisherige Einfuhrrekord des 1. Halbjahres 1951, der im Zeichen ungeheurer Rohstoffpreise stand, wurde erstmalig überholt, während die Ausfuhr schon seit 1954 den Vergleichsstand jenes Korea-Abschnitts hinter sich gelassen hatte.

Die Einflüsse

Die Rohstoffmärkte haben im großen Durchschnitt keinen entscheidenden Einfluß auf den Außenhandel ausgeübt; ihr mittleres Preisniveau (1950 = 100) schwankte im 1. Halbjahr um 86 (wie im Vorjahr); der größte Pendelschlag der zusammengefaßten Rohstoffgruppen betrug knapp 10%; stärkere Zuckungen einzelner Spinnstoffe (z. B. ägyptische Baumwolle) wurden durch kleinere Spannen auf anderen Märkten eingengt. Im übrigen war der Außenhandel wieder ein Niederschlag der vor-

gerückten Produktions- und Absatzkonjunktur, wurde in fast allen Sparten sehr beeinflußt durch den fortgeschrittenen Grad von Liberalisierung und in der Einfuhr auch durch den spürbareren Andrang von Waren aus Ostblockstaaten und asiatischen Ländern, ob direkt oder indirekt, ob roh oder veredelt. In der Ausfuhr hat sich der seit Jahresbeginn in Kraft getretene Wegfall der ertragsteuerlichen Begünstigungen noch nicht sichtbar ausgewirkt; höchstwahrscheinlich reichten die bereits vorliegenden Aufträge noch zur weiteren Erhöhung der Exporte aus, wenn auch zu gedrückten Preisen. Die Senkung der Einfuhrzölle aber ab 1. Juli 1956 wird erst im 2. Halbjahr spürbar werden.

Das statistische Zahlenbild

Folgende Uebersicht vermittelt ein Bild von der Entwicklung der Textilbilanzen des 1. Halbjahres 1956 und der entsprechenden Zeit der 5 Vorjahre (Mill. DM):